

Bürgerarbeit eröffnet Perspektive

Arbeitsgemeinschaft Mayen-Koblenz schaut sich Kandidaten für neuartiges Projekt an – Einstellung frühestens im Januar

So kurios es klingen mag: Ausgerechnet für das Projekt, das der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Mayen-Koblenz bundesweit Lorbeeren einbrachte, versucht die Arge MYK zunächst, Kunden „abzuschrecken“. Ein Einstieg ins Thema Bürgerarbeit.

Kreis MYK. Bis zu 300 Langzeitarbeitslose suchen die Fallmanager der Arbeitsgemeinschaft Mayen-Koblenz (ARGE MYK) derzeit aus, damit jene in der Bürgerarbeit untergebracht werden können. Seit 15. Juli läuft die sogenannte Aktivierungsphase, ein halbes Jahr später sollen die ersten Kunden der Arge in die neue Beschäftigungsform eingeführt werden. „Infrage kommen nur diejenigen, die in nächster Zeit auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben“, erläutert Arge-Geschäftsführer Rolf Koch. Mit anderen Worten: Für nahezu Unvermittelbare ergibt sich eine neue Perspektive zur Beschäftigung. Sie können bis zu 900 Euro brutto monatlich einstreichen und hoffen dann auf den „Klebeffekt“: Nach der vom Bund subventionierten Arbeit, die maximal drei Jahre dauert, könnte sich eine Weiterbeschäftigung ergeben – wenn der Arbeitgeber zufrieden war.

Diejenigen, die sich Hoffnung auf einen Arbeitsvertrag machen, sind überwiegend Menschen, die aus der Zuwanderung stammen, Alleinerziehende, die eventuell ein Qualifikationsdefizit haben, und die „Dauerkundschaft“ aus dem früheren Sozialhilfereich. Anhand eines Menschen mit Migrationshintergrund erläutert Rolf Koch den Werdegang in das neue Projekt: Sollte es für jenen wegen mangelnder Deutschkenntnisse nicht reichen, im ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, sei die Bürgerarbeit das Geeignete. Zwei positive psychologische Faktoren trügen zur Zufriedenheit eines schwer vermittelbaren Ausländers bei: Zum einen erhält er mit dem Arbeitsvertrag den direkten Einstieg ins Berufsleben, zum anderen kann er sich eher mit Erfolgsaussichten weiter bewerben, weil er mit beiden Beinen im Beruf steht. Und für alleinerziehende Frauen lässt sich die „Teilzeitbürgerarbeit“ schaffen, mit einem Stundenlimit von 20 Stunden. Der „normale“ Bürgerarbeiter darf 30 Stunden pro Woche arbeiten.

Die Menschen sollen „neigungsgerecht“ eingesetzt werden. „Wir werden einen arbeitslosen Diplom-Ingenieur ungern kehren lassen“, sagt Koch. Es soll also auf die Interessen der Klientel eingegangen werden. Koch rechnet damit, dass aus einer Grundgesamtheit von etwa 900 Menschen, bei 9000 Langzeitarbeitslosen im Kreis Mayen-Koblenz, 300 herausgesiebt werden. Erstes Ansinnen bleibt es für die Arge natürlich, den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen.

Für die Bürgerarbeit kommen nur Kommunen, eventuell auch gemeinnützig arbeitende Unternehmen in der Pflege- und Altenhilfe als sogenannte Anstellungsträger in Betracht. Denn Bürgerarbeit darf nicht in Konkurrenz zu Wirtschaftsbetrieben stehen. Es müssen zwei Kriterien erfüllt sein: einerseits ein öffentliches Interesse an der Arbeit sowie eine zusätzliche Aufgabe, die von keinem Wirtschaftsunternehmen übernommen wird – ähnlich wie jetzt schon bei den Arbeitsgelegenheiten in den kommunalen Beschäftigungsgesellschaften vorgeschrieben. Wenn also die Stadt Mayen keine Mittel mehr vorgesehen hat, um zusätzliche Pflegearbeiten verrichten zu lassen, könnten die Bürgerarbeiter zum Zuge kommen und Beete herrichten. Zwei konkrete Einsatzszenarien sind im Haus der Arge schon andiskutiert worden. Zum Beispiel könne man Energiesparhelfer heranziehen, die in den Hartz-IV-Haushalten nach Energiefressern fahnden und diese beseitigen helfen. Zweites Beschäftigungsbild: Haushaltshilfen für Kindergärten. Den Einrichtungen fehlt es an Geld, um solche Leute einzusetzen, dank Bürgerarbeit würde dies leichter fallen. „Wir werden deswegen mit den Kommunen in Verhandlungen treten“, sagt Koch. Zumal in den Beschäftigungsgesellschaften wie der Komm-Aktiv ein Heer von Hauswirtschaftlerinnen qualifiziert wird.



Immer dann, wenn zusätzliche Arbeit anfällt, die von keinem Privatunternehmen geleistet oder nur über den Haushaltsplan hinaus von einer Kommune erbracht werden kann, kommt eine Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen im Rahmen der Bürgerarbeit infrage. M Foto: dpa

„ Unseres ist bundesweit als eines der besten Konzepte bewertet worden. Dafür haben sich Kollegen aber auch die Pfingstfeiertage um die Ohren geschlagen “.

Rolf Koch, Arge-Geschäftsführer

Momentan sammeln die Mitarbeiter innerhalb der Arge Ideen und entwickeln diese zur Entscheidungsreife weiter. Immer mit Blick auf die „Marktverträglichkeit“ dieser neuen Stellen. „Wir wollen 300 gute Stellen zur Verfügung haben“, hofft der Arge-Chef.

Ein wertvoller Aspekt für straffällig gewordene Jugendliche: Fallmanager der Arge besuchen sie in der Justizvollzugsanstalt und unterbreiten ihnen Vorschläge und eine Eingliederungsvereinbarung. „Das machen wir nicht vorrangig in puncto Bürgerarbeit, aber es ist in dem einen oder anderen Fall sinnvoll“, betont Rolf Koch.

Das Trachten der Arge ist es, Menschen dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt unterzubringen. Dafür kann die Bürgerarbeit ein erster Schritt sein. „Wenn wir die Chance haben, eine hohe Quote von Menschen in Arbeit zu bringen, dann ist das eine tolle Sache“, hofft Koch. **Thomas Brost**